

Dresdener Volkszeitung

Verlag: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlag: Sächs. Staatsdruckerei, Dresden
Auftraggeber: Angehörige
und Freunde, H. G. Drescher,
Verleger: S. H. H. Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Entzug von Sitzungen hundertfacher Art ist es durch eine Anzahl anderer Gesetze, die der Gesetzgebung des Reiches über auf Nachlieferung der Sitzung.

Verlag: Sächs. Staatsdruckerei, Dresden
Auftraggeber: Angehörige
und Freunde, H. G. Drescher,
Verleger: S. H. H. Dresden.

Schriftleitung: Wetzlarer Nr. 2536. Sprech-
stunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Schriftleitung: Wetzlarer Nr. 2536 und 1237.
Geschäftszeit von 7 bis 12 Uhr nachmittags.

Abonnementpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Monatspreis-
karte 30 Pf., die 30 mm breite Monatskarte 20 Pf. für auswärts
Anzeigen 40 Pf. und 250 Pf. für Anzeigen, Stellen- und Dienst-
stellen 40 Pf. Rabatt für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 257

Dresden, Freitag den 2. November 1928

39. Jahrg.

Große Wahlsiege der Arbeiterpartei

100 neue Mandate bei den englischen Gemeindevahlen — Niederlage der Konservativen

S. London, 1. November. (Eig. Drahtf.)

In ganz England fanden am Donnerstag Gemeindevahlen statt. Während in den Provinzstädten alljährlich lediglich ein Drittel der lokalen Parlamente neu gewählt wird, erfolgte in diesem London selbst die aller drei Jahre fällige Gesamtneuwahl der Gemeindeväter. Von den Wählern war in London 80 Prozent der Wähler im Straßensinn, die die Wählerliste zu einer wichtigen Veranstaltung aufgerufen war. Die sogenannte Kandidatenliste, die die Arbeiterpartei in den kommunalen Wahlen gewonnen hat, hatte in den frühen Morgenstunden eine letzte größere Propaganda für ihre Ziele unternommen und an eine Million Wähler durch den besagten Aufsteller "Kette London vor dem Sozialismus" zur Verteilung gebracht.

In London 40 Sitze neu erobert

S. London, 2. November (Eigener Funkbericht). Die bis 4.30 Uhr morgens vorliegenden Ergebnisse bestätigen, daß die Arbeiterpartei auf der ganzen Linie in siegreichem Formarsch steht. Dabei können insbesondere die Fortschritte in den konservativen Hochburgen als hoffnungsvolle Vorgeschichte für die kommenden allgemeinen Wahlen zum Unterhaus gebüht werden. In London hat die Arbeiterpartei in den verschiedenen Bezirken allein rund 40 Sitze gewonnen, während der konservative Verlust 34 Sitze beträgt. In der vorwiegend mittelständischen Vorstadt Hammermith gewann die Arbeiterpartei 10 Sitze, und 11 Sitze gewann sie in den bereits in der Vergangenheit sozialistisch verwalteten Vorstädten Woodhild und West-Can, auf die die Konservativen ihre schwersten Geschütze konzentriert hatten. Auch im wichtigsten Windsor, dem englischen Potsdam, drangen die Arbeiterpartei zum ersten Male in die Stadtvertretung ein.

Über 100 sozialistische Gewinne

Der bisher schon festgestellte Gesamtgewinn der Arbeiterpartei beträgt 101 Sitze, der Gesamtverlust der Konservativen 57 Sitze, während 10 sogenannte unabhängige bürgerliche Kandidaten neue Sitze gewonnen haben. 49 unabhängige Stadtvertreter haben ihre Sitze verloren.

Die Kommunisten zusammengebrochen

Für die Kommunisten ist die Wahl eine Katastrophe. Wie bisher bekannt ist, ist in London und Wales kein einziger Kommunist siegreich gewesen. Wie schlecht die Kommunisten abgeschnitten haben, geht daraus hervor, daß in der protestantischen Vorstadt Defford ein einziger sozialistischer Kandidat gegen 1000 Stimmen erzielte, während für drei Kommunisten zusammen nur 240 Stimmen aufgebracht werden konnten.

Die Arbeiterpartei als Sieger

S. London, 2. November. (Eig. Funkbericht). Die ersten aus der Provinz einlaufenden Wahlergebnisse zeigen die Arbeiterpartei auf der ganzen Linie im Aufstiege. Auch die Hinterstadt vorliegenden Ergebnisse aus 25 Städten geht hervor, daß die Arbeiterpartei in sämtlichen Bezirken mit Ausnahme von zwei neue Sitze in der Gesamtliste von 47 erzielte hat. In Tottenham hat die Arbeiterpartei vier Sitze gewonnen, in St. Paul's zwei Sitze, in Derby sechs, in Manchester vier, in Bradford vier Sitze. Bei der Verteilung dieser Wahlergebnisse muß in Betracht gezogen werden, daß in der Provinz ein Drittel der Sitze der Lokalparlamente zur Wahl stand. Die Ergebnisse der Londoner Wahlen liegen zur Stunde mit Ausnahme von Tottenham, wo die Arbeiterpartei einen Sitz gewonnen hat, noch nicht vor. Die Konservativen haben bisher drei Sitze gewonnen, 23 verloren, die Liberalen keinen Sitz gewonnen, fünf verloren. Acht unabhängige Kandidaten sind erfolgreich gewesen, hingegen haben 17 ihre Sitze verloren.

Partei und Wehrproblem

Von Tony Sender, M. d. R.

Als in den letzten Wochen der starke Sturm durch die ganze Partei ging und darin erfreulicherweise die entschiedene antimilitaristische Strömung innerhalb der deutschen Arbeiterschaft zum Ausdruck kam, empfand man plötzlich: Restlose Klarheit besteht in der Partei über das Wehrproblem noch nicht. Das ist richtig. Folglich aber ist es, die Panzerkreuzerfrage irgendwie mit diesem Rangel in Verbindung zu bringen. Einmütig hatte sich die Fraktion schon seit Jahren stets den Neubauten in der Marine widersetzt. Trotz dem Fehlen eines detaillierten Wehrprogrammes war sich die Partei kaum in irgendeiner Frage so einig, wie in der Ablehnung von Kriegsschiffbauten in der jetzigen Zeit.

Dennoch ist es richtig, daß noch keine rechtlose programmatische Klärung in der Wehrfrage geschaffen worden ist. Das trifft nicht nur für die deutsche, sondern auch für die ausländischen Parteien zu. Aber kompromisslos war die Internationale darum keineswegs. Zuletzt noch der Brüsseler Kongress hat sich nach monatelanger Vorbereitung mit der Frage der Abrüstung befaßt, und sein Beschluß muß allen der Internationale angeschlossenen Parteien Richtlinie des Handelns werden.

Von dieser Basis wird die eingesezte deutsche Programmkommission zur Wehrfrage ausgehen haben. Das aber bedeutet: Ziel der sozialistischen Tätigkeit muß die Totalabrüstung sein. Bis zur Erreichung dieses Zieles ist auf die Durchführung einer Reihe von Übergangsmassnahmen hinzuwirken, die geeignet sind, die Kriegsgefahren mehr und mehr zu vermindern. Dazu gehören vor allem die Verminderung der Armee und die Senkung von Seeresausgaben. Zweifellos haben die Arbeiter der Internationale einen wertvollen Beitrag zur Klärung der Militärfrage gebracht. Denn man denkt nur selten daran, daß das alte Erfurter Programm darüber nur ausfragte, daß an die Stelle der stehenden Heere das Volksheer, die Wehr, gesetzt werden müsse. Hatte man damals noch die Vorstellung, im Volksheer die beste Friedenssicherung erblicken zu können, so hat uns der Weltkrieg mit seiner Mobilisierung des ganzen Volkes für den imperialistischen Krieg diese Illusion zerstört. Und auch das Heidelberger Programm mit seiner Forderung auf Republikanisierung der Reichswehr erweist sich als völlig unzureichend.

So fällt uns denn als erster der Parteien der Internationale die Aufgabe zu, den Versuch zu unternehmen, den

Der Staatsstreich der Metallindustriellen

Millionen Menschen gefährdet — Stilllegung der Zechen angebroht

Wohum, 1. November (Eigener Drahtbericht).

Der Deutsche Metallarbeiterverband vertritt zum Eisensticht folgende Erklärung: Der Kampf des Arbeiterpartei des Westens gegen Gewerkschaften, Tarifrecht und Arbeitslosenversicherung hat begonnen. Die Arbeitgeber haben trotz der verbindlichen Erklärung des Reichsarbeitsministers die Ausübung durchzuführen. Die Betriebe sind leer, die Geschäfte geschlossen. 250 000 Arbeiter liegen auf der Straße und sind ihrer Arbeitsstellen beraubt. Eine Million Menschen ist Arbeitslos.

Die Arbeitgeber versuchen die Arbeiter zu betrügen. Sie behaupten, daß der Arbeitsvertrag rechtungsgültig sei, weil er nur vom Schlichter geschlossen sei und nicht von einer Schlichtungskammer. Die Arbeitgeber versuchen die Arbeiter zu betrügen. Sie behaupten, daß der Arbeitsvertrag rechtungsgültig sei, weil er nur vom Schlichter geschlossen sei und nicht von einer Schlichtungskammer. Die Arbeitgeber versuchen die Arbeiter zu betrügen. Sie behaupten, daß der Arbeitsvertrag rechtungsgültig sei, weil er nur vom Schlichter geschlossen sei und nicht von einer Schlichtungskammer.

ganzen Linie durchgeführt wird. Unter den ausstehenden Betrieben befinden sich auch der Bochumer Verein, die Deutschen Eisenwerke Bochum, Oerlenstein u. Koppel, die Eisen- und Stättenwerke A. L. und Gebrüder Altkopf. Die Zahl der Ausgestorbenen ist mit 200 000 nicht zu hoch gegriffen.

Gerade zur selben Zeit, da die Metallindustriellen in eigentümlicher Weise den Schlag gegen Regierung und Schlichtungsinstanzen führen, rückt die Arbeitgebervereinigung mit ihrer angelegentlichsten Denkschrift zur Reform des Schlichtungswesens heraus. Sie fordert darin, daß der Staat erst dann eingreifen darf, wenn zwei Voraussetzungen gegeben sind, nämlich 1. wenn es sich um Arbeitsvertragsparteien in den sogenannten lebenswichtigen Betrieben handelt, und 2. wenn es sich um Streitigkeiten handelt, die die deutsche Volkswirtschaft so stark treffen, daß die Lebensmöglichkeiten der gesamten Bevölkerung bedroht sind. Zum ändern soll eine zentrale Reichsschiedsstelle die Prüfung vornehmen, ob die Grundlage für die Verbindlichkeitsklärung gegeben und der Schiedspruch einwandfrei ist. Die Vorschläge, mit denen die Arbeitgebervereinigung jetzt die Öffentlichkeit beglückt, sind absolut nichts Neues, sondern standen schon auf der kürzlich abgehaltenen Schlichtungskonferenz in Berlin zur Debatte. Die Arbeitgeber wissen genau, daß praktisch diese Vorschläge überhaupt nicht durchführbar sind. Aber darauf kommt es ihnen in der gegenwärtigen Situation auch gar nicht an. Die Vorschläge sollen vielmehr als Entlastungssensibilisier für das ungeschickliche und unmoralische Vorgehen der rheinisch-westfälischen Industriellen gelten.

Die Reichsfrage selbst kann schon heute als geklärt gelten. Es handelt sich darum, ob die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruches nur für die Proleten oder auch für die Eisenbarone gelten soll? Der Schiedspruch ist juristisch und wirtschaftlich einwandfrei. Das ist die Auffassung des Reichsarbeitsministeriums, die Auffassung der Gewerkschaften und sicher auch die Meinung weiter Volksteile. Nicht die Reichsfrage, die ja im Laufe der kommenden Wochen ausgiebig die Arbeitsgerichte beschäftigen wird, ist im Augenblick das Wesentliche und Entscheidende. Wesentlich ist, daß gegenüber der an Staatsstreich grenzenden Willkür der Schwerindustrie Reichsregierung, Arbeiterschaft und Öffentlichkeit mit eigener Entschlossenheit und mit Unerbittlichkeit auf die Erfüllung des Schiedspruches dringen.

Die Verbindlichkeitsklärung ist ein Hoheitsakt des Staates. Diesen Hoheitsakt haben auch die Eisenbarone zu respektieren. Jedes Pathos mit den Rebellien über eine Revision des Schiedspruches wäre verhängnisvoll. Das Ansehen der Reichsregierung und des Reichsarbeitsministers stehen auf dem Spiel. Mit Leuten, die das Schlichtungsamt aus dem Hinterhalt torpedieren wollen, muß deutlich gesprochen werden. In der Schlichtungskonferenz waren die Arbeitgeber, als sie ihre Schwärze vorbringen sollten, stumm wie Fische. Reformieren auf dem Verhandlungswege heißt den Eisenbaronen nicht. Sie wollen diktieren. Schon seit Jahren pocht ihnen die Schlichtungspraxis nicht. Zur Zeit der Wehrverbotregulierung haben sich aber die Eisenbarone trotz dem verhältnismäßig ruhig verhalten. Offen Rebellion machen sie erst jetzt, wo in der Reichsregierung Sozialdemokraten sitzen.

Ein Schlag gegen die Reichsregierung und ein Schlag gegen die Gewerkschaften — beides ist Sinn und Ziel der Ausperrung im Westen. Auch die Gewerkschaften will man treffen. Die Eisenbarone wissen nur zu gut, was es bedeutet, wenn eine Revision des Schiedspruches dem Reichsarbeitsminister abgetropft würde. Wäre das nicht Wasser auf die Mühle der Kommunisten? Verheerend wäre die Wirkung, wenn die Arbeiter schon müßten, wie die Eisenbarone auf eine Verbindlichkeitsklärung pfeifen, sobald es ihnen nicht paßt. Haben die Proleten im Laufe der letzten Jahre nicht schon so oft zähneknirschend sich Verbindlichkeitsklärungen fügen müssen? Der Hinweis der Arbeitgeber auf gelegentlich keine wilde Geschichten, die hier und da einmal einer Verbindlichkeitsklärung folgten, zieht nicht. Die Ausperrung im Westen ist keine „wilde Liste“, sondern ein planmäßig vorbereiteter und mit kalter Heberlegung verarbeiteter Attentat gegen den Edelfeiler des Schlichtungswesens.

Der unermessliche Schaden, der durch den Gewaltakt der Metallindustriellen der Arbeiterschaft entsteht, muß natürlich repariert werden. Es geht nicht an, daß durch Urteil des Arbeitsgerichts schließlich nur der Kampf beendet wird, die Löhne aber von den Gewerkschaften und schließlich den Unterstützungsorganen der Reichsregierung für Arbeitslosenversicherung bestritten werden. Das soziale Regimen der Industriellen muß restlos gestürzt werden, indem sie in vollem Maße schadenhaftig gesprochen werden.

(Weitere Meldungen siehe Seite 8.)

Der Arbeiterpartei muß anerkennen, daß hier von einer Arbeitslosenversicherung ein Ziel getrieben wird, wie es bisher, solange die Arbeiterpartei der Kampf der Unternehmer gegen den Tarifvertrag, die Arbeitslosenversicherung und die Staatsautorität, die Interessen des Arbeiterpartei kommt einem Staats-

Man kann wohl sagen, daß die Ausperrung im Gebiet der Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet auf der